

Uster Riediker Kindergärtler sind auf dem Weg nach Uster unzumutbaren Risiken ausgesetzt

Schulweg muss sicherer werden

Der Schulweg ins Ustermer Primarschulhaus Talacker ist für die Kindergärtler aus Riedikon zu gefährlich. Dies hat das Verwaltungsgericht entschieden. Erwirkt hat das Urteil ein betroffener Vater.

Till Hiemer

Die Kindergärtler aus Riedikon gehen im Ustermer Schulhaus Talacker in den Kindergarten. Und genau im Wort «gehen» liegt das Problem: Wie das kantonale Verwaltungsgericht entschieden hat, ist der Gang entlang der vielbefahrenen Hauptstrasse auf dem Rad- und Gehweg zu gefährlich für die Kinder. Es sei ihnen in diesem Alter noch nicht zuzumuten, die damit verbundenen Risiken einzuschätzen – die Gefahr etwa von Kollisionen mit Velofahrern sei zu gross. Zusätzlich findet das Gericht, dass der Verkehr bei der Ein- und Ausfahrt zur Riediker Tankstelle sowie auf der Blindenholzstrasse gleich neben dem Kreisell eine eindeutige Überforderung für die Kleinen darstelle, ebenso bei der Zufahrt zum Bauunternehmen Tius auf halber Strecke.

Gratisbusfahrt nicht zwingend

Ein Vater hatte genau dies bei der Schulpflege bemängelt, war dort sowie anschliessend zweitinstanzlich beim Bezirksrat abgeblitzt – und hat jetzt in diesem Punkt vom Verwaltungsgericht recht bekommen. Seinem Hauptanliegen wurde allerdings erneut nicht stattgegeben: Der Mann wollte, dass die Schulpflege aus den genannten Gründen die Riediker Kindergärtler gratis per Schulbus ins Talacker fahren lässt.

Das Gericht entschied nun, dass die Schulpflege das Problem auch auf andere Weise lösen könne, beispielsweise Lotsen zur Begleitung der Kinder einzusetzen, ein Bus-Abo zu finanzieren oder



Nicht der malerischste aller Schulwege: Die Riediker «Chindsgischüeler» müssen auf ihrem Weg zur Ustermer Schulhausanlage Talacker auf dem Veloweg (rechts) unter anderem an einer Tankstellenausfahrt sowie am Kreisell (hinten) vorbei. (thi)

an neuralgischen Stellen eine Fussgängerüberführung aufzustellen. Es stellte aber auch klar, dass der Vater kein Recht habe, für andere Eltern und deren Kinder zu klagen. Das hat aber insofern keine Bedeutung, als die Schulpflege alle Kindergärtler aus Gründen der Rechtsgleichheit gleich behandeln muss. Der Einzelfall steht also exemplarisch für alle gleich gelagerten Fälle.

Länge des Schulwegs ist zumutbar

Die Länge des Schulwegs, der für die Kindergärtler je nach Wohnadresse in Riedikon zwischen 1,2 und 1,4 Kilometern beträgt, taxierte das Gericht als knapp zumutbar. Es ging dabei von einem 30-minütigen Fussmarsch aus, was es als verantwortbar betrachtete.

Das Gericht hat also nach objektiven Kriterien entschieden, so wie es das Ge-

setz verlangt. In der Realität zeige sich, dass die meisten Riediker Eltern ihre Sprösslinge per Auto in den Ustermer Kindergarten Talacker bringen, wie der «Tages-Anzeiger» in seiner gestrigen Ausgabe schreibt. Sie schätzen den Weg also offensichtlich auch subjektiv als zu gefährlich für ihren Nachwuchs ein. Seit der Kindergartenbesuch obligatorisch ist, gelten für Schulbehörden punkto Schulweg strengere Auflagen.

Die Verantwortlichen in Uster hatten die Lage grosszügiger eingeschätzt. So ist gemäss dem Schulwegreglement der Primarschule Talacker sogar ein Weg von bis zu 1,6 Kilometern zumutbar. Der Verkehrsinstruktor der Polizei hält den Marsch entlang der Riedikerstrasse für «nicht gefährlich». Der Bezirksrat hatte dessen Einschätzung gestützt, die nun vom Verwaltungsgericht verworfen

wurde. Ersterer ist seit 2007 erste Rekursinstanz bei Entscheiden einer lokalen Schulpflege. Vorher waren die Bezirksschulpflegen dafür zuständig, doch wurden diese mit Einführung des neuen Volksschulgesetzes vor zwei Jahren aufgelöst.

Schulbus oder öffentlicher Bus?

Die Talacker-Schulpräsidentin Sabine Wettstein (FDP) meint zum Urteil, dass man die Lage nun neu beurteilen müsse. Weiterziehen werde man ihrer Meinung nach den Entscheid kaum. Sie favorisiert die beiden Lösungsansätze Schulbus oder Abo für den öffentlichen Bus, analog zu Sulzbach oder Freudwil. Den Einsatz von Lotsen oder Begleiterinnen sieht sie persönlich nicht: «Das wäre bei so wenigen Kindern wohl zu aufwändig», so die Schulpräsidentin.

Fällanden Initiative wurde vom Komitee zurückgezogen

Einheitsgemeinde auf Eis gelegt

Nach dem Nein von Schule und Gemeinde zur Prüfung einer Einheitsgemeinde ziehen die Initianten ihre Initiative enttäuscht zurück.

Dietrich Hunkeler (CVP) und Maia Ernst (GLP) reichten am 9. Januar eine Initiative ein, die den Gemeinderat und die Schulpflege auffordert, eine Einheitsgemeinde der beiden Güter per 2014 zu prüfen. Kurz nach Einreichen der Initiative zeigte die Schule bereits ihr Desinteresse an einem Zusammengehen mit der Gemeinde. Vorgestern nun hat auch der Gemeinderat mitgeteilt, dass er die Abklärungen zur Einheitsgemeinde nicht in Angriff nehmen will (Ausgabe von gestern). Die Initiative hätte am 17. Mai an die Urne kommen sollen.

Breit abgestützte Initiative

Da nun Schule und Gemeinde die Initiative nicht begrüssen, haben die Initianten eine Neu-urteilung der Situation vorgenommen. Sie sind zum Schluss gekommen, dass sie an der Urne mit ihrem Ansinnen keine Chance hätten. Obwohl sie in ihrem Schreiben zum Rückzug betonten, dass die Initiative «durch verschiedene Gespräche mit den meisten Parteipräsidenten und Exponenten der Parteien breit abgestützt» war.

Etwas anders sieht es die Fälländer Schulpflegepräsidentin Anneliese

Schnoz: «Dass sich mit der Initiative zur Einheitsgemeinde vor allem Vertreter von Parteien zur Schule geäussert haben, die in der Schulpflege nicht vertreten sind, bestärkt mich in der Hoffnung, dass bei den nächsten Wahlen von diesen Parteien valable Kandidaten aufgestellt werden.»

Die Hoffnung auf eine veränderte Zusammensetzung der Exekutive teilen die Initianten. Nur ist ihre Stossrichtung entgegengesetzter Richtung: «Die Initianten stehen nach wie vor voll und ganz hinter einer Einheitsgemeinde und sind überzeugt, dass an den Wahlen 2010 neue Schulpfleger oder Gemeinderäte gewählt werden, die sich einer vertieften Prüfung nicht verweigern», schreiben sie.

Entscheide nicht nachvollziehbar

Für die beiden Initianten sind die Entscheidung der Schulpflege und des Gemeinderates nicht nachvollziehbar. Bei der Schulpflege herrsche die Meinung vor, dass nur eine eigene Finanzpolitik eine gute Schule garantieren könne, was aber durch über 60 Einheitsgemeinden im Kanton Zürich bereits widerlegt sei. Noch härter gehen sie mit dem Gemeinderat von Fällanden ins Gericht: «Der Gemeinderat hat nach unseren Erkenntnissen als einzige Gemeinde im Kanton Zürich eine Einheitsgemeinde abgelehnt.»

Zumindest eine Prüfung der Einheitsgemeinde wäre bereits durch die «arge Finanzlage der Gemeinde Fällanden und insbesondere der Schulgemeinde» notwendig gewesen. Dieses Argument lässt Schnoz nicht gelten: «Die Schule hat ihren Steuerfuss in den letzten acht Jahren um zehn Prozent gesenkt, während die Gemeinde ihren Steuerfuss in der gleichen Periode um sieben Prozent erhöht hat», kontert sie den Vorwurf der Initianten.

«Die Schule hat ihren Steuerfuss um zehn Prozent gesenkt.»

Anneliese Schnoz

Zusammenarbeit suchen

Enttäuscht vom «Reformunwillen der Schulpflege und des Gemeinderates» schliessen Hunkeler und Ernst ihre Mitteilung mit: «Aus unserer Sicht haben die Behörden die Zeichen der Zeit nicht erkannt und eine grosse Chance verpasst.» Dass das Thema Einheitsgemeinde nun für längere Zeit vom Tisch ist, wird von Schnoz mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Sie hofft, sich nach den wiederholten Diskussionen wieder den eigentlichen Aufgaben widmen zu können.

Trotzdem will sie die Tür für die Zusammenarbeit nicht zuschlagen: «Die Schulpflege ist – wie der Gemeinderat – davon überzeugt, dass der bisher eingeschlagene Weg für Fällanden besser ist als die Einheitsgemeinde. Die Initiative, auch wenn sie zurückgezogen wurde, soll jetzt von Schule und Gemeinde als Anregung verstanden werden, nach weiteren Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen.» (brü)

Uster Neubeurteilung nach Tempo-30-Nein

Brunnenstrasse erhält Fussgängerstreifen

Der neu gestaltete Abschnitt der Brunnenstrasse zwischen dem Bahnübergang und dem Kreisell bei der Oberlandstrasse in Uster ist Tempo-30-tauglich ausgelegt und hat zum Ziel, mit gesenkten Fahrgeschwindigkeiten des motorisierten Verkehrs den schwächeren Verkehrsteilnehmern einen besseren Schutz zu bieten. In Hinsicht auf die flächendeckende Einführung von Tempo 30 in den Wohnquartieren wurde auf der Höhe Neuwiesenstrasse vorerst verzichtet, was zu lebhaften Diskussionen führte.

Markierung kommt bis Mitte März

Mit der Ablehnung der Tempo-30-Vorlage anlässlich der Volksabstimmung vom 8. Februar bleibt die Brunnen-

strasse bis auf weiteres ohne Tempo-30-Signalisation. «Damit kann die vom Stadt- und Gemeinderat beabsichtigte Ausdehnung der fussgängerfreundlichen Zone mit Tempo 30 auf die Brunnenstrasse vorerst nicht verwirklicht werden», schreibt nun die Stadt in einer Mitteilung. Deshalb und weil sich zahlreiche direkt betroffene Personen wegen des fehlenden Fussgängerstreifens stark verunsichert fühlen, habe der Stadtrat die Verkehrssituation in der Strasse neu beurteilt «und entschieden, dass der Fussgängerstreifen wieder markiert wird». Damit hofft der Stadtrat, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wieder verbessern zu können. Die Markierungsarbeiten sollen noch im März abgeschlossen sein. (avu)



Über die Brunnenstrasse soll künftig wieder ein Fussgängerstreifen führen. (mre)